



# Leseprobe

Dr. Jens Gieseke

**Die Stasi**

1945 - 1990

---

Bestellen Sie mit einem Klick für 16,00 €



---

Seiten: 368

Erscheinungstermin: 09. Mai 2011

Mehr Informationen zum Buch gibt es auf

[www.penguinrandomhouse.de](http://www.penguinrandomhouse.de)

# Inhalte

- Buch lesen
- Mehr zum Autor

## Zum Buch

---

### **Überwachung und Unterdrückung – die Geschichte der DDR-Staatssicherheit**

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR war nicht nur eine gefürchtete Geheimpolizei und ein effektiver Spionagedienst, sondern entwickelte sich in fünfundvierzig Jahren zu einem weitläufigen »Gemischtwarenkonzern« in Sachen Sicherheit, Überwachung und Unterdrückung. Jens Gieseke schlägt den Bogen vom Hochstalinismus Ende der vierziger Jahre bis zu den Überbleibseln der Stasi im wiedervereinigten Deutschland. Er untersucht die Triebkräfte der Expansion und die Rückwirkungen dieser »Armee hinter den Kulissen« auf Alltagsleben und Staatsgeschäfte.



### **Autor**

## **Dr. Jens Gieseke**

---

Jens Gieseke, geboren 1964, ist einer der tiefsten Kenner der Stasi-Akten. Von 1993 bis 2008 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Seit 2008 ist er Projektleiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam.



Jens Gieseke

# **Die Stasi**

1945–1990

Pantheon

# Inhalt

Vorwort	9
<b>1 Zehn Tage und zehn Jahre</b>	<b>11</b>
Die Stasi als Geschichte	18
<b>2 Antifaschismus – Stalinismus – Kalter Bürgerkrieg</b>	
<b>Ursprünge und Prägungen 1945 bis 1956</b>	<b>23</b>
Ost-Berlin, 8. Februar 1950	23
Ein Rückblick: Sowjetische Verfolgung in der SBZ	28
In deutsche Hände?	39
Kooperation und Konkurrenz der Apparate	47
Die Staatssicherheit im Hochstalinismus	50
Aufbau des Apparates	56
Stalins Tod, Juni-Krise, Entstalinisierung	60
<b>3 Die sicherste DDR der Welt – Triebkräfte des</b>	
<b>Stasi-Wachstums</b>	<b>71</b>
40 Jahre Expansion – Daten zu Personal und Etat	71
Kampf gegen die »politisch-ideologische Diversion« – die Sicherheitsdoktrin des Poststalinismus	75
Entspannungspolitik und Expansion	86
»Schild und Schwert der Partei« oder »Staat im Staate«?	
Der Apparat des MfS und seine institutionelle Position in der DDR	94
Die Staatssicherheit im Vergleich	103
<b>4 Der inoffizielle Mitarbeiter – Denunziant neuen Typs</b>	<b>110</b>
»Ein Volk von Verrätern«?	110
Das IM-Netz	112

Denunziation im Diktaturvergleich	117
Formalisierung als Strategie	121
Motive zwischen Ideologie, persönlichem Vorteil und Angst	126
Von der schwarzen Kunst des Krümmens	129
<b>5 Flächendeckende Überwachung? Die Staatssicherheit in der DDR-Gesellschaft</b>	134
Eine neuartige Form der vorbeugenden Sozialsteuerung?	134
Territoriale und sektorale Struktur: Bezirksverwaltungen, Kreis- und Objektdienststellen, Linien	135
Sicherungsbereiche	138
Manipulation und Steuerung	150
Meldungen aus der Republik – Die Staatssicherheit als Öffentlichkeitsersatz	157
Big Brother? MfS-Präsenz im Alltag	163
<b>6 Widerstand – Opposition – Verfolgung</b>	170
Abwanderung und Aufruhr in einem halben Land	170
Zwischen Mauerbau und KSZE	175
»Neue« Opposition	179
Die Ausreisebewegung	182
Wandel der politischen Justiz	184
Die Staatssicherheit als Scharfrichter – geklärte und ungeklärte Todesfälle	194
Zersetzung – der »leise Terror«	199
<b>7 Wolf und Co. – Die West- und Auslandsarbeit des MfS</b>	209
Mythen und Quellen	209
Zur Struktur der West- und Auslandsarbeit des MfS	214
Politische Spionage und »aktive Maßnahmen«	220
Militärspionage	224
Wirtschafts- und Technikspionage	228
Spionageabwehr und Gegenspionage	232
Partisanen an der unsichtbaren Front: Die Sabotage- und Terrortrupps	238

Tschekistische Entwicklungshilfe und »antiimperialistische Solidarität«	243
Erfolge und Grenzen der HVA	248
<b>8 Finale Krise und Zusammenbruch</b>	<b>254</b>
Die entkräftete Diktatur	254
Wendepunkt 9. Oktober	264
Brennpunkt Staatssicherheit	266
<b>9 Erbe – Aufarbeitung – Erinnerungskultur: das zweite Leben der Stasi</b>	<b>270</b>
Grundentscheidungen der Aufarbeitung 1990/91 – das Modell Sonderbehörde	270
Das posttschekistische Milieu	274
Bilanz der Aufarbeitung	282
Die Stasi-Debatte in Geschichtspolitik und Erinnerungskultur	288
Ein europäisches Gedächtnis?	291
Anmerkungen	296
Kommentierte Auswahlbibliographie	314
Abkürzungen	355
Diagramme und Organisationsstruktur	358

»Noch einmal wiederhole ich: Wir müssen alles erfahren! Es darf an uns nichts vorbeigehen. Und das machen manche Leiter noch nicht. Die merken das noch nicht einmal, Genossen, einige unter uns. Die begreifen das sogar noch nicht richtig. Das ist eben die Dialektik des Klassenkampfes und der Arbeit der Tschekisten.«

**Erich Mielke, Berlin-Lichtenberg 1981**

»Eins würde ich machen: Ich würde den anderen nicht die Möglichkeit geben, uns alle Verantwortung zu überlassen. Staatssicherheit, Staatssicherheit! Was glauben Sie, mit welchen Nebensächlichkeiten wir uns befassen mußten? Wenn etwas in der Versorgung nicht funktionierte, wenn es zum Beispiel in einem Krankenhaus durchs Dach regnete, Jahr für Jahr, dann hat man uns bemüht. Und wir haben versucht abzuhelpfen. Obwohl wir gar nicht zuständig waren. Wir konnten doch nicht zusehen, wenn die anderen sich um nichts kümmerten. Wir waren die Mädchen für alles, so, wie wir jetzt für alles die Prügelknaben sind.«

**Erich Mielke, Berlin-Moabit 1992**



## Vorwort zur Neuauflage

Seit dem Erscheinen der ersten Fassung dieses Buches sind fünf Jahre vergangen. Bei der Durchsicht hatte ich eine Fülle weiterführender Forschung zu beachten, die in den vergangenen Jahren betrieben wurde und weiter betrieben wird. Als ich die Seiten erneut durchblätterte, klang mir zudem noch das strenge Urteil des Präsidenten des Welthistorikerverbandes, Jürgen Kocka, über die DDR-Forschung in den Ohren, diese sei »selbstisoliert« und »selbstreferentiell«. Andererseits strahlt gerade die historische Aufarbeitung des Erbes der DDR-Staatssicherheit heute intensiver denn je aus in die Länder des Postkommunismus, in denen vergleichbare Quellenzugänge erst mühsam erkämpft wurden oder ganz verwehrt sind. Für eine grundsätzliche Revision meiner Interpretation der Stasi-Geschichte sehe ich mithin keinen Anlaß. Umfang und Charakter des Bandes sind deshalb im wesentlichen erhalten geblieben.

Die Ergänzungen zielen darauf, über den engen Horizont der »Stasiologie« hinaus den historischen Kontext stärker zu beleuchten. Hierzu gehören im sechsten Kapitel Informationen über die Opferbilanz des DDR-Kommunismus auch jenseits des MfS sowie zum Umgang mit dem gesamtdeutschen Erbe des Nationalsozialismus und im siebten Kapitel erhebliche Erweiterungen zur Rolle der DDR in der Welt der internationalen Spionage. Schließlich wird in der Auswahlbibliographie eine Fülle neuer Publikationen vorgestellt und diskutiert.

Ich danke allen, die die erste Fassung mit Zuspruch und Kritik bedacht haben und erneut für Auskünfte und Diskussionen bereit standen. Den Text habe ich selbstverständlich allein zu verantworten.

Jens Gieseke, September 2005

## Zur Neuauflage 2011

Dieser Band ist 2001 und 2006 unter dem Titel »Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990« erschienen und geht mit der vorliegenden Überarbeitung in die 4. Auflage. Neue Entwicklungen in der Forschung sind vornehmlich zur Rolle der Staatssicherheit in der DDR-Gesellschaft zu berücksichtigen gewesen. Außerdem wird in einem eigenen Kapitel zwanzig Jahre nach der Aktenöffnung eine Bilanz über das »zweite Leben« der Staatssicherheit als Gegenstand der Aufarbeitung und der Erinnerungskultur gezogen. Wichtige Neuerscheinungen werden in einer Erweiterung der kommentierten Bibliographie diskutiert. Mein besonderer Dank geht an Anja Schröter für die Unterstützung bei der Überarbeitung und an alle Kolleginnen und Kollegen, die als Mitarbeiter oder Gäste am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam mit mir die in diesem Buch behandelten Fragen diskutiert haben.

Jens Gieseke, März 2011

## 1 Zehn Tage und zehn Jahre

Es war schon kurz vor Mitternacht des 13. März 1990, als Bundeskanzler Helmut Kohl im Garten seines Amtssitzes in Bonn aus dem Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes stieg, um sich im Kanzlerbungalow noch auf ein Glas zu entspannen. Zu ihm gesellten sich seine Frau, der Bremer CDU-Vorsitzende Bernd Neumann, derzeit im Einsatz als Wahlkampfberater in der DDR, und Michael Roik, Kohls Büroleiter in der CDU-Parteizentrale. Gerade war der Kanzler von einem Wahlkampfeinsatz in der DDR zurückgekehrt. Es waren noch fünf Tage bis zur ersten freien Wahl zur DDR-Volkskammer, und nicht einmal die Demoskopien gaben sichere Prognosen, wie sie ausgehen würde. Die ersten Umfragen bescheinigten einen klaren Vorsprung der SPD, doch das von der West-CDU gestützte Wahlbündnis »Allianz für Deutschland« schien aufzuholen.

Da erhielt der Kanzler aus Ost-Berlin die Mitteilung hereingereicht, daß die Generalstaatsanwaltschaft der DDR Wolfgang Schnur für einen langjährigen inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit hielt. Schnur war Vorsitzender und Spitzenkandidat der Partei »Demokratischer Aufbruch«, die zusammen mit der ostdeutschen CDU und der Deutschen Sozialen Union (DSU) die von Kohl und der Bonner CDU-Zentrale geschmiedete »Allianz für Deutschland« bildete. Kohl alarmierte den CDU-Generalsekretär:

»Sofort rief ich Volker Rühle an, der schon geschlafen hatte, und bat ihn, gleich zu uns zu kommen. Dann klingelten wir Eberhard Diepgen in Berlin aus dem Bett und teilten ihm mit, daß Neumann mit der ersten Maschine in Tegel landen werde. Beide zusammen sollten dann sofort Kontakt mit Schnur aufnehmen, um ihn zu befragen und so Klarheit zu schaffen.«<sup>1</sup>

Die beiden Emissäre handelten schnell: Schnur hatte sich Tage zuvor – angeblich aufgrund physischer Überlastung durch die Anstrengungen des Wahlkampfes – in das Berliner St. Hedwig-

Krankenhaus begeben. Noch bevor der Befund der Ost-Berliner Staatsanwälte an die Presse kam, bestätigte Schnur seine Kooperation mit dem MfS und erklärte Neumann und Diepgen vom Krankenbett aus seinen Rücktritt von allen Ämtern. Die beiden CDU-Politiker eilten mit der Bestätigung nach Cottbus, wo Kohl den vorletzten seiner sechs großen Wahlkampfauftritte absolvierte. Zugleich ging die Nachricht an die Presse.

Damit war die politische Karriere eines Mannes zu Ende, der sich in den Monaten zuvor wie kein zweiter dafür eingesetzt hatte, die bunte Oppositionstruppe des Demokratischen Aufbruchs auf Kanzlerkurs zu bringen. Wie viele Organisationen der Bürgerbewegung war der Demokratische Aufbruch im Oktober 1989 von einer eher zufälligen Mischung langjähriger Oppositioneller gegründet worden: zu den maßgeblichen Köpfen zählten Kirchenleute wie Rainer Eppelmann, Ehrhart Neubert, Edelbert Richter, Friedrich Schorlemmer und die Nervenärztin Sonja Schröter. Auch Schnur kam als Synodaler der Evangelischen Kirche und Anwalt zahlloser Militärdienstverweigerer und Dissidenten aus dieser Szene. Ab Dezember 1989 und Januar 1990 hatte der Pro-CDU-Kurs des Vorsitzenden Schnur zu heftigen Konflikten geführt, der linke Flügel der Aktivisten verließ schließlich Anfang des Jahres die Partei und schloß sich anderen Organisationen wie dem Bündnis 90 oder der SPD an. Andere kamen erst in diesen Wochen hinzu, wie die Physikerin Angela Merkel.

Bei den Kampagneplanern im Bonner Konrad-Adenauer-Haus fanden Schnur und seine »Wendehälse der Revolution«<sup>2</sup> offene Türen und halfen ihnen aus der Klemme. Die SPD war bereits im Oktober 1989 durch die Gründung der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP) etwas unverhofft zu einem Ost-Partner gekommen und besann sich auf die thüringischen und sächsischen Stammlande der Arbeiterbewegung. Ihr Spitzenkandidat war der schillernde Ibrahim Manfred Böhme. Wie sich später herausstellen sollte, war er ebenfalls ein langjähriger Zuträger der Staatssicherheit. Die Ost-CDU hingegen war über Jahrzehnte eine willfährige Blockpartei gewesen, deren Vorsitzender Gerald Götting in Selbstgefälligkeit und Ignoranz den

SED-Führern nicht nachgestanden hatte. Erst seit Anfang November 1989 hatte sie den Weg in die Unabhängigkeit von der »führenden Partei« der DDR gesucht. Die bayerische Schwesterpartei CSU hatte mit der DSU bereits einen Partner gefunden, einer konservativen Neugründung vom Dezember 1989 durch zuvor unauffällige Köpfe.

Die Bonner Christdemokraten machten aus der Not eine Tugend. Anfang Februar riefen sie die Vorsitzenden der Ost-CDU, des Demokratischen Aufbruchs und der DSU nach West-Berlin zusammen und schmiedeten das Wahlbündnis »Allianz für Deutschland«, das ganz auf die hohe Popularität des westdeutschen Bundeskanzlers in der DDR-Bevölkerung zugeschnitten war. Während die in Bonn ungeliebte Ost-CDU erhebliche personelle und organisatorische Ressourcen beisteuerte, standen Schnur und seine Parteifreunde für das bürgerrechtliche Erbe in der Allianz. Die DSU profilierte sich durch scharfe antisozialistische Töne. Obwohl die Allianz in erster Linie als Wahlkampfplattform für den in der DDR-Bevölkerung augenscheinlich äußerst populären Bundeskanzler gedacht war, hatte Schnur für sich mit einer gewissen Aussicht im Falle eines Wahlsieges der Allianz das Amt des DDR-Ministerpräsidenten reklamiert.

Die Enthüllungen über Schnur trafen die Kohl-Allianz in der Endphase des Wahlkampfes denkbar ungünstig – allerdings nicht ganz so überraschend, wie es in der Erinnerung des Kanzlers erscheint. Bereits am 29. Januar hatte das hessische Landesamt für Verfassungsschutz den Innenminister dieses Bundeslandes, Milde (CDU), über eine Liste von 23 prominenten Stasi-Informanten unterrichtet, zu denen auch Wolfgang Schnur und der CDU-Generalsekretär Martin Kirchner zählten. Sie stammte von einem übergelaufenen hohen MfS-Offizier. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln war an den Verhören des Offiziers beteiligt gewesen. Die Verfassungsschützer bestätigten auch dem hessischen CDU-Generalsekretär Franz-Josef Jung auf dessen Anfrage die Namen auf der Liste. Ob in den Ämtern und Parteizentralen der Nachricht Glauben geschenkt wurde, ist unklar. Dort gab es Grund genug, dahinter gezielte Desin-

formation zu vermuten, um den hoffnungsvollen Neupolitikern zu schaden – und zudem war das Interesse gering, den ohnehin unwägbara Ausgang der Wahl durch öffentliche Diskussionen darüber weiter zu belasten.

Anonyme Schreiben des gleichen Inhalts hatten auch Bürgerrechtler Anfang Januar am Zentralen Runden Tisch, dem Gesprächsforum reformbereiter Regierungskräfte und der oppositionellen Gruppen der DDR, erhalten. Darin wurde die korrekte MfS-Dienstnummer und einer der Decknamen Schnurs genannt. Sie hatten jedoch ebenfalls darauf verzichtet, ohne substantielle Nachweise den Fall publik zu machen. Schnur hatte damals wegen Verleumdung Anzeige gegen Unbekannt erstattet. Die Verdächtigungen bekamen Substanz, als in Schnurs Heimatstadt Rostock die Erschließungsgruppen des dortigen Bürgerkomitees, die Staatsanwaltschaft und die beauftragten Archivare auf umfangreiche schriftliche Unterlagen unter den Decknamen »Dr. Ralf Schirmer« und »Torsten« stießen. Insgesamt 31 gefüllte Aktenordner ließen zweifelsfrei erkennen, daß der Rechtsanwalt Schnur unter diesen Decknamen seit 1964 inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit war und dafür zahlreiche Honorare und Auszeichnungen erhalten hatte. Die letzte Gewißheit lieferten Schriftvergleiche, die die Generalstaatsanwaltschaft in Ost-Berlin anstellen ließ.

In den Tagen des 5. bis 8. März 1990 hatte das Rostocker Bürgerkomitee Schnur mit den Funden konfrontiert und den Vorstand des Demokratischen Aufbruchs sowie den Bundeskanzler informiert. Schnur leugnete, Stasi-Mitarbeiter gewesen zu sein, und erhob schwere Vorwürfe gegen die angebliche Verleumdungskampagne des Bürgerkomitees. Zahlreiche Allianz-Politiker wie die Generalsekretäre Volker Rühle (CDU-West) und Oswald Wutzke (Demokratischer Aufbruch) schlossen sich an. Schnur jedoch zog sich aufs Krankenlager zurück.

Am Montag, dem 12. März, berichtete im »Spiegel« einer der ehemaligen Führungsoffiziere der Staatssicherheit Schnurs über dessen IM-Tätigkeit. Im Krankenhaus leugnete Schnur gegenüber seinem langjährigen Freund und Weggefährten Rainer Ep-

pelmann weiterhin jede Verbindung zum MfS. Zwei Tage später brach das Lügengebäude zusammen. Kohl erinnert sich:

»Am selben Tag hatte in Cottbus bereits die vorletzte Großkundgebung begonnen, auf der ich sprechen sollte. Mein Vordredner war Pfarrer Oswald Wutzke. Ich erinnere mich noch, wie er Schnur leidenschaftlich als Opfer bössartiger Verleumdungen verteidigte, als ich schon von weitem Diepgen und Neumann – soeben aus Berlin angereist – durch die Menge kommen sah. [...] Ähnlich hatten unmittelbar zuvor auch andere aus der Bonner CDU für den DA-Vorsitzenden Partei ergriffen, weshalb es nicht gerade leicht fiel, die Stasi-Tätigkeit Schnurs vor der Öffentlichkeit einzuräumen. Wir mußten dies natürlich möglichst schnell tun, um mit Blick auf den bevorstehenden Wahlsonntag den Schaden so klein wie möglich zu halten.«<sup>3</sup>

Am 15. März schloß der Hauptausschuß des Demokratischen Aufbruchs Schnur aus der Partei aus und wählte Rainer Eppelmann zum Vorsitzenden. Politiker aller Parteien äußerten ihre Bestürzung. Der SPD-Spitzenkandidat Ibrahim Böhme gab zu bedenken, »daß der Rechtsanwalt in den vergangenen 15 Jahren vielen Menschen durch Beratung und Verteidigung geholfen habe.«<sup>4</sup>

Falls der Demokratische Aufbruch zuvor größere Wahlchancen gehabt haben sollte, so waren sie damit verspielt. Am Abend des 18. März 1990 entfielen auf ihn 0,9 Prozent der Stimmen. Die CDU hingegen war mit 40,9 Prozent die strahlende Wahlsiegerin. Die SPD landete mit 21,8 Prozent abgeschlagen auf Platz zwei. Auch ohne Schnur war die Rechnung Kohls aufgegangen.

Was als mißlicher Zwischenfall in den letzten Tagen des Wahlkampfgetümmels erschien, war tatsächlich der Beginn einer neuen Zeit: Erstmals hatten öffentlich kontrollierte Aktenfunde zur Enttarnung eines prominenten inoffiziellen Mitarbeiters geführt.

Mit den anonymen Schreiben und den Überläuferinformationen vom Januar hatten ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit versucht, ihr altes Herrschaftswissen nutzbar zu machen, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von

sich selbst und ihrem Apparat auf die inoffiziellen Mitarbeiter zu lenken. Auch versuchten sich Insider auf diesem Wege an früheren Zuträgern zu rächen, die sich mittlerweile von der Staatsicherheit abgekoppelt hatten und nun in der Politik nach vorn drängten.<sup>5</sup> Gerade das neue Engagement Schnurs als Politiker hat vermutlich MfS-Leute zu seiner Enttarnung provoziert. Damit konnten einige von ihnen nicht nur bei Medien oder westlichen Geheimdiensten Informationshonorare einheimsen, sondern auch von sich selbst ablenken.<sup>6</sup>

Die Rostocker Funde gaben den Abläufen eine zweite Wende. Zum ersten Mal entstammte die Nachricht über die Verstrickung in die Netze des DDR-Staatssicherheitsdienst nicht aus der geheimen Welt der Nachrichtendienste und Überläufer, sondern aus der Hand eines Bürgerkomitees, also einer Institution, die sich selbst im Dienste von Öffentlichkeit und Transparenz verstand. Damit war der erste Schritt gegangen auf dem besonderen ostdeutschen Weg im Umgang mit der Überlieferung der kommunistischen Geheimpolizei. Der Schritt war gleichermaßen schmerzhaft wie lehrreich: Zur persönlichen Enttäuschung der Weggefährten und Mandanten Schnurs kam der rückblickende Schaden für die einstige Oppositionsbewegung.

Zwar hatte es in der Oppositionsszene schon dann und wann Argwohn gegen den umtriebigen Anwalt gegeben; Bärbel Bohley hatte aus ihrem Verdacht keinen Hehl gemacht und deshalb eine Mitarbeit beim Demokratischen Aufbruch im Herbst 1989 abgelehnt; der Spiegel-Korrespondent Ulrich Schwarz hatte Rainer Eppelmann einmal im vertraulichen Gespräch mit ähnlichen Gedanken konfrontiert, doch Eppelmann hatte Schnur in Schutz genommen. Schnur hatte seine Mandanten engagiert verteidigt, zuweilen inbrünstig mit ihnen gebetet. Als er 1988, nach den Verhaftungen im Umfeld der »Liebknecht-Luxemburg-Demonstration«, dem Liedermacher Stephan Krawczyk in der Untersuchungshaft die Nachricht überbrachte, daß seine Ehefrau Freya Klier ebenfalls verhaftet worden sei, weinte Schnur mit, als Krawczyk in Tränen ausbrach. Dies hinderte ihn jedoch nicht, sich in diesen Wochen beinahe jede Nacht mit seinem Führungs-



offizier zu treffen und ihm Kassiber und den vertraulichen Inhalt der Gespräche mit seinen Mandanten zu hinterbringen. An vielen streng geheimen Oppositionstreffen der achtziger Jahre hatte er teilgenommen. Seine einstigen Weggefährten mußten lernen, daß sie es in seinem Fall, und noch in manch anderem, mit einer merkwürdigen Form von gespaltener Existenz zu tun hatten:

»Wolfgang Schnur war wie viele seiner IM-Kollegen ein zerrissener Mensch. Er ging fast bis zur Selbstaufgabe in seinem Beruf auf. Das zerstörte seine Familie. Und er war ein Mann, der ein ungeheures Geltungsbedürfnis hatte, Bestätigung und öffentliche Anerkennung suchte und nach Macht über andere strebte. Er genoß es, wenn Staatsfunktionäre mit ihm verkehrten und seine Arbeit für wichtig befanden, und er hatte, wenn er berichtete, das Gefühl, Macht über Menschen auszuüben.«<sup>7</sup>

Der Gedanke mußte beunruhigen, daß nicht viel gefehlt hätte, und dieser Mann wäre tatsächlich Regierungschef der DDR oder wenigstens Minister geworden. Es zeigte sich, daß der geordnete, öffentliche Blick in die Akten der bessere Weg sein würde, als sich weiterhin den Verdächtigungen derjenigen auszuliefern, die die Geheimnisse von früher mit sich trugen und nun für ihre Zwecke zu nutzen versuchten. Es war kein Zufall, daß wenig später die Forderung aufkam, alle Abgeordneten der neu gewählten Volkskammer auf eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit zu überprüfen. Die Volkskammer selbst verabschiedete wenige Wochen später gegen erhebliche Widerstände der Regierungen in Ost und West eine gesetzliche Grundlage für eine weitgehende Öffnung der Akten.

Auf die Enthüllungen im Fall Schnur folgten viele weitere – manche ebenso dicht und eindeutig belegt, manche durch Aktenvernichtungen oder schwierige Sachlage bis heute ungeklärt. Einige IM suchten vor oder nach ihrer Enttarnung die Aussprache mit Freunden und Kollegen. Viele andere taten es nicht: manche wollten nie mit der Stasi zu tun gehabt haben, andere sahen sich selbst als Opfer, noch andere konnten in ihrem Vertrauensbruch nichts Verwerfliches erkennen, wieder andere sahen sich als Unterhändler im Dialog von Staat und Gesellschaft.

Es ging jedoch nicht nur darum, MfS-Mitarbeiter und ihre Zuträger zu enttarnen. Die Verfolgten und Überwachten bekamen später selbst Gelegenheit, die über sie angelegten Akten zu lesen und von den gegen sie unternommenen Schritten zu erfahren. Sie konnten sehen, welcher vermeintliche Freund sie hintergangen und welcher vielleicht insgeheim der Mitarbeit Verdächtige sich der »Firma« verweigert hatte.

Schließlich haben Bürgerrechtler, Volkskammer und dann der deutsche Bundestag mit ihrem Entschluß zur Öffnung der Akten des Ministeriums für Staatssicherheit den Weg frei machen wollen, die Rolle und Tätigkeit dieser Institution wissenschaftlich aufzuarbeiten und darüber die Öffentlichkeit zu unterrichten. Dadurch ist es möglich geworden, das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit auf der Basis dessen eigener, in wesentlichen Teilen ungefilterter Überlieferung zu rekonstruieren. Natürlich konnte die Staatssicherheit im Winter 1989/90 noch vieles vernichten und manches entwenden (nach neueren Schätzungen etwa ein Viertel des Materials, vor allem aus aktuellen Fällen und aus der Auslandsspionage), aber mit einem Bestand von rund 180 laufenden Kilometern Akten steht der Forschung ein außerordentlicher Fundus zur Verfügung – selbst wenn man die darin enthaltenen Kantinenrechnungen und leeren Formblätter außer acht läßt.

### Die Stasi als Geschichte

Ohne die nach Art und Maß weltweit einmalige Entscheidung zur Öffnung geheimer Akten wäre dieser Band schlechterdings unmöglich. Er basiert auf den Forschungen vieler Dutzend Politologen und Historiker, interessierter Laien und einstmalig Verfolgter, die in den letzten zehn Jahren die Mühsal auf sich genommen haben, Papierberge durchzuarbeiten und Licht in dieses Dickicht dringen zu lassen. Auf der Grundlage dieser Arbeiten sollen einige zentrale Probleme bilanziert werden, die sich in den vergangenen zehn Jahren in der wissenschaftlichen Auseinander-

setzung mit der Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR herauskristallisiert haben.

Der vielleicht wichtigste Ertrag der vergangenen zehn Jahre liegt in dem Nachweis, daß die Staatssicherheit jenseits rechtsstaatlicher Legitimation und unter eklatanter Mißachtung der Menschen- und Bürgerrechte agierte. Er konnte anhand der originären Zeugnisse aus dem Innern des geheimen Apparates schlüssig geführt werden und ist weithin anerkannt – auch wenn sich dann und wann noch einmal eine Handvoll alter Generäle und Obristen zusammenfindet, um lauthals das Gegenteil zu behaupten. Hier setzt dieser Band an: Es geht darum, die Rolle und Funktion des MfS als Teil von Staat und Gesellschaft der DDR und der deutschen Nachkriegsgeschichte genauer zu verstehen und Perspektiven der weiteren Auseinandersetzung aufzuzeigen. Die Generalthese der folgenden Darlegungen ist in der Metapher des »Mielke-Konzerns« versinnbildlicht, die an die im Volksmund verbreiteten Begriffe für die Stasi wie »VEB Horch und Guck« oder schlicht »die Firma« anknüpft. Die Staatssicherheit wird hier als eine zentrale Säule der Herrschaftsstruktur des Kommunismus als historischer Formation aufgefaßt. Selbstverständnis und Methoden dieser Institution hatten ihren Ursprung im sowjetischen Stalinismus, doch erst im Poststalinismus ab 1957 entwickelte sich die Staatssicherheit zu einem »Gemischtwarenkonzern« in Sachen Sicherheit, zu einem »Generalunternehmen für Machtsicherung und Unterdrückung«<sup>8</sup>, das über die klassischen geheimpolizeilichen und nachrichtendienstlichen Funktionen der ersten Jahre weit hinausreichte. Aus der Breite und Vielfalt der Aufgaben, die sich das MfS nach und nach eignete, und aus der Tiefe ihres Eindringens in alle Sphären der Gesellschaft resultierte ihre außerordentlich starke Stellung im Parteistaat DDR.

Der weitverzweigte und in seinen konkreten Tätigkeiten vielfältige Apparat wurde innerlich zusammengehalten durch das elitäre Selbstverständnis seiner Mitarbeiter als »Tschekisten«, also als Erben der revolutionären »Außerordentlichen Kommission für den Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage« (russisch

abgekürzt: Tscheka), die die russischen Bolschewiki 1917 gegründet hatten. In dieser Tradition stand der ideologische Auftrag des MfS, die »Diktatur des Proletariats« mit den Mitteln eines verdeckt arbeitenden, mit staatlichen Gewaltmitteln ausgestatteten Exekutivorgans zu sichern und vor allen Formen feindlicher Angriffe zu schützen. Der »Tschekismus« stiftete die Legitimation als militante Klassenkämpfer im globalen und nationalen – das heißt im deutschen Fall: zweistaatlichen – Maßstab. Dieser Wille zum Kampf mit Hilfe einer »besonderen Maschine zur Unterdrückung«<sup>9</sup> hatte sich in der Sowjetunion der dreißiger Jahre von einem potentiell zurücknehmbaren und in der utopischen Perspektive mit dem Staat insgesamt »absterbenden« Mittel zum Zweck zu einem »Selbstläufer« des kommunistischen Systems entwickelt.

Das repressive Potential prägte stark die sozialen Beziehungen in der staatssozialistischen Gesellschaft. In den frühen Jahren war die manifeste physische Gewalt ein offensives gesellschaftsgestaltendes Instrument der kommunistischen Transformation. Nach der Konsolidierung des Systems diente die Repression vornehmlich der Absicherung der eigenen Position. Dies galt – mindestens als Drohpotential – auch für jene späteren Jahre, von denen wir heute wissen, daß sie der Parteiführung und den Strategen der Staatssicherheit schweres Kopfzerbrechen bereiteten, weil sie sich auf einen gesellschaftspolitischen Weg begeben hatten, der auf sehr unterschiedlichen Feldern tiefe Widersprüche zwischen der gewaltgestützten Herrschaftsform und immer drängenderen Modernisierungs- und Anpassungserfordernissen auslöste.

An einer systematischen Analyse der Rolle der Staatssicherheit in Staat und Gesellschaft, jenseits allgemeiner Feststellungen über die Bedeutung im Herrschaftsapparat als »Schild und Schwert der Partei«, fehlt es noch. Insbesondere die sozialpsychologischen Effekte ihres Wirkens im sozialen Nahraum von Familie und Freunden, Wohnumfeld und Arbeitsplatz sind noch nicht genügend untersucht worden. Schon die öffentliche Debatte, mehr noch jedoch die emotionalen Affekte, die das Stichwort »Stasi« bei nahezu jedem einzelnen auslöst, lassen ahnen,

wie sehr die Staatssicherheit in der DDR subjektiv und objektiv »immer mit dabei« war.

Mit dieser Fragestellung wird auch wohlfeilen Behauptungen auf den Grund gegangen, denen zufolge in der DDR oder gar über ihre zeitlichen und räumlichen Grenzen hinaus entweder die Staatssicherheit nachgerade alles kontrolliert, gesteuert und nach Belieben manipuliert habe, oder aber ein zu vernachlässigender Teil des Herrschaftssystems gewesen sei, der für das »wirkliche Leben« der gewöhnlichen Bevölkerung letztlich ohne Belang gewesen wäre. Es soll vielmehr gezeigt und diskutiert werden, daß die Staatssicherheit als Faktor direkt und indirekt, als Akteur, als einkalkuliertes Risiko oder als für eigene Zwecke scheinbar nutzbares Instrument, mit beabsichtigten und unbeabsichtigten Folgen, von großer Bedeutung war für die Geschichte der DDR und die Menschen, die in ihr lebten.

Die Darstellung setzt ein mit der Genese der DDR-Staatssicherheit bis 1956 unter starker sowjetischer Prädominanz. In dieser Phase des Stalinismus »in den Farben der DDR« formierte sich der MfS-Apparat innerlich und äußerlich und prägte dauerhaft sein Welt- und Feindbild aus. Es folgen fünf thematisch strukturierte Abschnitte, die die Phase nach der abgebrochenen Entstalinisierung 1956 bis in die achtziger Jahre hinein behandeln. Diese fünf Abschnitte sollen die Auswirkungen der »Konzernexpansion« auf den wichtigsten Aktionsfeldern und ihre politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen verdeutlichen.

Besonderes Augenmerk wird auf die strukturelle Entwicklung von Apparat und hauptamtlichem Personalbestand gelegt. Die inoffiziellen Zuträger werden vor dem Hintergrund der historischen Denunziationsforschung gesehen und die Konsequenzen des umfassenden Sicherungsauftrages und dessen reale Reichweite bei der Überwachung der gesamten DDR-Gesellschaft beleuchtet. Der klassische geheimpolizeiliche Kampf gegen die innere Opposition in der DDR wird ebenso untersucht wie die West- und Auslandsarbeit mit ihren vielfältigen Facetten.

Den Abschluß bilden Überlegungen zu den Umständen und Voraussetzungen des erstaunlich sang- und klanglosen Zusam-

menbruchs der SED-Herrschaft und des MfS-Apparates im Herbst 1989 sowie zu einigen Erblasten aus dessen Auflösung in der Bundesrepublik der neunziger Jahre. Einer Gesamtdarstellung der Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR stehen vorläufig noch der auf vielen Gebieten disparate Forschungsstand und der mangelnde zeitliche Abstand zu den Geschehnissen entgegen. Die Darstellung unternimmt es, die oftmals bestehende Kluft zwischen der Geschichte des SED-Herrschaftsapparates einerseits und der DDR-Gesellschaft andererseits an einen oder anderen Punkt zu überbrücken. Dabei spielt die Tiefe des Eindringens des Apparats in die Gesellschaft eine wichtige Rolle, aber auch die Resonanz von der »Basis« vor Ort in den Apparat und seinen Kurs hinein.

In einer kommentierten Bibliographie wird alle wichtige Literatur für den tieferen Einstieg ins Thema genannt, darunter auch einige zuweilen abseitig und in bescheidener Form veröffentlichte Spezialuntersuchungen.

In diesen Band eingeflossen sind viele Diskussionen mit Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunden, die alle zu nennen ich mir hier aus Platzgründen versagen muß. Außerordentlich profitiert habe ich von Diskussionen im hausinternen Forschungskolloquium meines Sachgebietes bei der Bundesbeauftragung für die Stasi-Unterlagen sowie beim Kolloquium zur DDR- und osteuropäischen Geschichte unter der Leitung von Christoph Kleßmann, Axel Schildt und Bernhard Schalthorn. Besonderen Dank schulde ich Clemens Vollnhals, der den Anstoß zu diesem Band gab, Helmut Müller-Enbergs, der mich an seinem schier grenzenlosen Wissen über die inoffiziellen Mitarbeiter und die Westarbeit teilhaben ließ, Roger Engelmann und Walter Süß, die das Manuskript gelesen und kritisch kommentiert haben, und Stefan Meyer von der DVA, der mich geduldig ermunterte, mit dem Schreiben zum Ende zu kommen. Die Hauptlast an Urlaubstagen, Wochenenden und Abenden trugen Ulrike, Rasma und Tjark Knigge.

## 2 Antifaschismus – Stalinismus – Kalter Bürgerkrieg Ursprünge und Prägungen 1945 bis 1956

Ost-Berlin, 8. Februar 1950

An einem winterlichen Mittwochabend, dem 8. Februar 1950, tagten in Ost-Berlin die Abgeordneten der Provisorischen Volkskammer der DDR. Es war ihre zehnte Sitzung seit der Gründung der Republik im vorangegangenen Oktober. Nach mehr als sieben Stunden trat wenige Minuten nach 21 Uhr der Minister des Innern, Dr. Karl Steinhoff, ans Pult und brachte mit einer kurzen Rede einen Gesetzentwurf ein, der die Erweiterung der DDR-Regierung, des Ministerrats, um ein fünfzehntes Ressort vorsah. In letzter Zeit, so Steinhoff, sei es immer häufiger zu Sprengstoffanschlägen in volkseigenen Betrieben und Gütern, im Verkehrswesen und auf Neubauerngehöften gekommen. Spione, Diversanten und Saboteure würden immer häufiger tätig werden: »Die detaillierten Berichte, deren wesentlichen Inhalt Sie aus der Presse entnommen haben werden, ergaben den Beweis für die Tätigkeit verbrecherischer Elemente im Auftrage und unter direkter Anleitung durch die englisch-amerikanischen Imperialisten und ihre Handlanger.«<sup>1</sup> Die Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft des Innenministeriums solle in ein »Ministerium für Staatssicherheit« umgewandelt werden und ihnen das Handwerk legen.

Die Abgeordneten folgten dem Innenminister: Sie verzichteten auf Wortmeldungen, Ausschußberatungen, Enthaltungen und Gegenstimmen und ließen somit eine der folgenreichsten Entscheidungen in der Geschichte der DDR binnen weniger Minuten passieren – unter »großem Beifall«, wie das SED-Zentralorgan »Neues Deutschland« berichtete.<sup>2</sup>

In der Tat hatten in den Wochen zuvor die Abgeordneten in den Zeitungen lesen können von Sabotage, Diversion und Spionage, mit denen der »amerikanische Imperialismus, dieser

Hauptfeind unserer Republik und unseres Volkes«<sup>3</sup> die junge Republik überziehe. Am 26. Januar hatte der Ministerrat darüber ausführliche Berichte entgegengenommen und an die Presse gegeben. Der Leiter der »Zentralen Kommission für staatliche Kontrolle«, Fritz Lange, beklagte die immensen Produktionsausfälle durch Sabotage und Betrügereien, die von den im Westen ansässigen Herren der enteigneten Unternehmen ausgingen, um die nun »volkseigenen« Betriebe in die Knie zu zwingen. Der Leiter der DDR-Kriminalpolizei, Volkspolizei-Chefinspekteur August Mayer, schilderte nur scheinbar fahrlässig verursachte Brände, vor allem auf dem Lande, hinter denen die Großbauern stecken würden, um die Bürgermeister, Funktionäre und vor allem die Nutznießer der Bodenreform, die Neubauern, zu schädigen. Die schärfsten Töne schlug der Dritte im Bunde an, der Generalinspekteur der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft, Erich Mielke. Er geißelte den Kampf von »Gangstern und Mördern«<sup>4</sup> gegen die DDR. Vom Westen gesteuerte, oft mit alten Nazi-Kadern besetzte Terror- und Spionageorganisationen würden im Auftrag englischer und amerikanischer Spionagedienste Produktionsstätten sprengen, in Flugblättern zum Krieg hetzen, Attentate gegen DDR-Funktionäre vorbereiten und unbescholtene Jugendliche aufhetzen. Mielke hatte eine Antwort parat:

»Zwingen nicht diese Tatsachen, Maßnahmen zu ergreifen, die dem Treiben dieser feindlichen Elemente ein Ende bereiten? In der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik wird im Artikel 6 gesagt:

›Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militärische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches.« Um die volle Wirksamkeit unserer Verfassung zu erhalten, ist es notwendig, diesen Artikel durch die Schaffung geeigneter Organe, die den Kampf gegen Agenten, Saboteure und Diversanten führen, wie auch durch entsprechende



Strafgesetze, die der Justiz die Möglichkeit geben, die von diesen Organen festgenommenen und überführten Täter der gerechten Strafe zuzuführen, zu verwirklichen.«<sup>5</sup>

Bis zum Inkrafttreten detaillierter Gesetze sollte es noch einige Zeit dauern, doch mit dem »Boykotthetze«-Artikel hatte Mielke bereits die Generalklausel genannt, die in den folgenden Jahren dazu diente, wirkliche und vermeintliche Gegner der DDR hinter Gitter oder gar aufs Schafott zu bringen. Einen Tag nach diesen Andeutungen Mielkes über eine bevorstehende Verschärfung des Kampfes gegen diese »Staatsfeinde« machte das SED-Zentralorgan schließlich öffentlich, was die Volkskammer wenige Tage später beschließen sollte: Die DDR-Regierung habe sich entschlossen, ein Ministerium für Staatssicherheit zu bilden, um den Feinden der Republik das Handwerk zu legen.<sup>6</sup>

Die Provisorische Volkskammer ließ das Gesetz so schnell und bereitwillig passieren, weil es kein aus freien Wahlen hervorgegangenes Parlament war, sondern ein reines Akklamationsorgan sowjetischer Deutschlandpolitik, hervorgegangen aus dem Deutschen Volksrat, der wiederum per vorher festgelegter Einheitsliste bestimmt worden war. Gleichwohl waren die Umstände der MfS-Gründung selbst für damalige Verhältnisse nicht selbstverständlich.

Der Präsident der Provisorischen Volkskammer, Johannes Dieckmann (LDPD), hatte rechtliche Bedenken angemeldet, weil dieser Entwurf im Gegensatz zum Gesetz über die Bildung der Provisorischen Regierung vom 7. Oktober 1949 die neuen Regierungsmitglieder nicht namentlich nannte. Dies war aber, so argumentierte er, laut DDR-Verfassung notwendig, deren Artikel 94 vorschrieb: die Regierung und »jedes ihrer Mitglieder bedürfen zur Geschäftsführung des Vertrauens der Volkskammer«<sup>7</sup>. Doch die Juristen des Ministerrats mochten offenbar keine Namen nennen und beschieden, es genüge gegebenenfalls ein Mißtrauensvotum der Volkskammer, wenn die Regierung Minister und Staatssekretär ernannt hätte – sonst jedoch sei zu vermuten, daß das verfassungsrechtlich gebotene Vertrauen vorhanden sei.

Die Ernennungen selbst folgten eine gute Woche später. Am 16. Februar 1950 ernannte Walter Ulbricht in seiner Funktion als stellvertretender Ministerpräsident der DDR die beiden langjährigen Kommunisten Wilhelm Zaisser zum Minister und Erich Mielke zum Staatssekretär. Damit war ein weiterer, wenngleich in erster Linie symbolischer Akzent gesetzt. Die bei der Regierungsbildung sorgsam gepflegte Arithmetik unter den verschiedenen Parteien des Demokratischen Blocks war verschoben, die Mehrzahl der Regierungsmitglieder gehörte nun der SED an. Am 24. Februar schließlich vereidigte DDR-Präsident Wilhelm Pieck Zaisser und Mielke. Erst aus diesem Anlaß erfuhr auch die Öffentlichkeit, wer das neue Ministerium führen sollte.

Nicht zuletzt degradierte die Besetzung des neuen Ministeriums den Innenminister Karl Steinhoff zum Statisten gegenüber den erprobten kommunistischen Untergrundkadern, die seit langer Zeit die Innen- und Polizeipolitik der SBZ und DDR geprägt hatten: Zaisser als früherer Innenminister von Sachsen-Anhalt, danach als Leiter der Hauptverwaltung Ausbildung des Ministeriums des Innern (Mdi), zuständig für den Aufbau protomilitärischer Verbände, und Mielke als Vizepräsident der Deutschen Verwaltung des Innern und Leiter der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft. Zuletzt waren beide Stellvertreter des Innenministers gewesen. Steinhoff dagegen hatte – bei aller Parteitreue zur SED – in der neuen Regierung als ehemaliger Sozialdemokrat, promovierter Jurist, erfahrener preußischer Ministerialbeamter und vormaliger Ministerpräsident von Brandenburg in erster Linie der Optik zu dienen. Er geriet alsbald politisch ins Abseits: Wenige Monate später verlor er seinen Sitz als Kandidat des Politbüros und war damit gegenüber Zaisser empfindlich zurückgesetzt, der mit seiner Ernennung zum MfS-Chef in das höchste Führungsgremium der Partei berufen wurde und damit in der SED-Hierarchie höher stand. Als das Innenministerium 1952 zur Dachinstitution für die Remilitarisierung der DDR ausgebaut wurde, mußte Steinhoff auch sein Ministeramt aufgeben und ließ sich auf eine Professur für Verwaltungsrecht an der Humboldt-Universität in Berlin abschieben.

Die Gründung eines Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR war also trotz der Versuche, sie als eine Art Notwehr gegen das behauptete unablässige Störfeuer des englischen und amerikanischen »Imperialismus« und seiner westdeutschen Helfershelfer zu propagieren, ein Akt von hoher Symbolkraft. Sie signalisierte, daß trotz aller Anleihen an die Usancen des deutschen Parlamentarismus hier ein anderes Ziel anvisiert war: die Transformation zur »Volksdemokratie« nach stalinistischem Muster und die Angleichung des politischen Systems der DDR an den Herrschaftsapparat der Sowjetunion.

Wenngleich niemand vor den Abgeordneten zu dem folgenreichen Schritt das Wort ergriff, gab mancher auf andere Weise sein Votum zum Kurs der Regierung ab, wie der frühere sächsische Finanzminister und CDU-Abgeordnete Gerhard Rohner, dessen Mandat just an diesem »großen Tag in der Volkskammer«<sup>8</sup> erlosch – weil er die DDR verlassen hatte, wie viele bürgerliche und sozialdemokratische Politiker. Andere fügten sich, wie der stellvertretende Ministerpräsident Otto Nuschke, ebenfalls Mitglied der Ost-CDU. Ebenso zutreffend wie verfassungsfern antwortete er zwei Jahre später, am 19. September 1952, auf die Frage eines Journalisten in Bonn, ob der Staatssicherheitsdienst der Regierung der DDR unterstehe: »Nein, er ist eine Behörde eigener Verantwortung. Das entspricht der großen Bedeutung, die er hat, und der Schwierigkeit der Verhältnisse, mit denen wir zu rechnen haben.«<sup>9</sup>

Die MfS-Gründung war nicht das einzige Signal für eine innenpolitische Verschärfung: Anfang Januar hatte der Leiter der Abteilung Parteischulung beim Parteivorstand der SED, Prof. Kurt Hager, im Neuen Deutschland die »erhöhte Wachsamkeit« zur wichtigsten Aufgabe der Parteischulung erhoben. Er verglich dabei angebliche japanische Pläne für den Einsatz von bakteriologischen Waffen im Krieg gegen China mit den vermeintlichen Machenschaften des ehemaligen ungarischen Außenministers Rajk und des zweithöchsten bulgarischen KP-Funktionärs Kostow. Beide waren wegen angeblicher Spionage und Bildung faschistischer Sabotagetrupps in Schauprozessen zum Tode ver-

urteilt und hingerichtet worden – Rajk im Oktober, Kostow im Dezember 1949. Hager drohte: »Darf man annehmen, daß sich die anglo-amerikanischen Kriegstreiber gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik weniger aggressiv und hinterhältig verhalten? Diese Annahme wäre eine unverzeihliche, ja geradezu verbrecherische Dummheit.«<sup>10</sup> Er verwies auf wenige Wochen zuvor in Sachsen-Anhalt verhaftete hohe Politiker: den Wirtschaftsminister Leo Herwegen (CDU) sowie den ehemaligen sozialdemokratischen Ministerialbeamten Willi Brundert (SED), denen vorgeworfen wurde, sie hätten Vermögen enteigneter Betriebe im Wert von 100 Millionen Mark in den Westen verschoben. Wenige Monate später, im März 1950, wurden sie zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Die von Hager gezogenen Parallelen waren eindeutig: Sie kündigten an, daß die politische Verfolgung auch weiterhin Blockpolitiker und ehemalige Sozialdemokraten treffen würde – und sie ließen erkennen, daß für die DDR die Phase des Hochstalinismus anbrach, in der auch höchste kommunistische Funktionäre als angebliche faschistische, imperialistische oder titoistische Agenten und Spione in die Säuberungen geraten konnten.

### Ein Rückblick: Sowjetische Verfolgung in der SBZ

Der Anfang des Ministeriums für Staatssicherheit war nicht der Anfang politischer Verfolgung in der DDR und ihrer Vorläuferin, der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). In den fünf Jahren seit der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches waren es in erster Linie die Sicherheitsorgane der Sowjetischen Besatzungsmacht selbst, die – unter sich verändernden Vorzeichen – Säuberungen und politische Verfolgung betrieben und damit die Erfahrungen in der Bevölkerung prägten.

Die Sowjetunion begann 1945 bereits im Zuge ihres militärischen Vormarsches damit, die von ihr besetzten Territorien zu »säubern«. Sie war sich mit den westlichen Verbündeten grundsätzlich einig, daß Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher

festzusetzen und zu bestrafen und die Wurzeln und Grundlagen des NS-Regimes in der deutschen Gesellschaft zu beseitigen wären. Differenzen gab es jedoch von Anfang an: Die konkreten Zielrichtungen unterschieden sich aufgrund unterschiedlicher gesellschaftstheoretischer Annahmen über den Charakter des Nationalsozialismus. Nach marxistisch-leninistischer Lesart galt das NS-Regime als Form des Faschismus, der wiederum nur eine Spielart des Kapitalismus sei. Die UdSSR konzentrierte sich daher bezüglich der Entnazifizierung von Anfang an stark auf die ökonomischen Grundlagen des Dritten Reiches, während die Westalliierten vor allem das politische System im engeren Sinne in den Blick nahmen. Zu den Unterschieden trugen jedoch auch die konkreten Kriegserfahrungen bei. Das Dritte Reich hatte – anders als gegen den Westen – gegen die Sowjetunion einen rassistischen Vernichtungskrieg mit verheerenden Folgen geführt. Die unter Mißachtung von Kriegs- und Völkerrecht verübten Massaker an der Zivilbevölkerung und das systematische Verhungernlassen von mehr als der Hälfte der rund 5,3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen prägten – jenseits aller politischen Differenzen – die sowjetischen Truppen und Kommandeure in ihrem Vorgehen gegen die Deutschen in ganz anderer Weise als etwa die amerikanischen Armeeinheiten. Unübersehbar spiegelte sich zudem im sowjetischen Vorgehen in immer stärkerem Maße die stalinistische Praxis der innenpolitischen Verfolgungen von »Feinden« aller Art, die seit den dreißiger Jahren Millionen von Todesopfern in der Sowjetunion gefordert hatte. Die kommunistische Ideologie, die barbarischen Kriegserfahrungen und die eingeübten stalinistischen Verfolgungspraktiken der Geheimpolizei schufen nach Kriegsende im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands von Anfang an eine andere Ausgangslage als in den Westzonen.

Die wachsenden Differenzen in der Säuberungspraxis zeigten sich unmittelbar nach Kriegsende zunächst vor allem in den verschiedenen Formen von Lagern für ergriffene Deutsche. Schon die sowjetischen Kriegsgefangenenlager unterschieden sich von denen der Westalliierten und ähnelten in ihrem Charakter den

innersowjetischen Zwangsarbeitslagern. Als Reaktion auf den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg behandelte die Sowjetunion nicht nur Wehrmachtssoldaten, sondern auch Angehörige der SS und SA sowie die Wachmannschaften von Konzentrationslagern und Gefängnissen als Kriegsgefangene. Der größte Teil von ihnen hatte bis 1948/49 als eine Art Wiedergutmachung Zwangsarbeit in der Sowjetunion zu leisten. Über den üblichen Rahmen des Völkerrechts hinaus trug die Kriegsgefangenschaft den Charakter einer Strafe gegen die nationalsozialistischen Weltanschauungskrieger. Sowjetische Militärtribunale verurteilten zudem etwa 15.000 bis 20.000 Gefangene in oftmals willkürlichen Verfahren als »Kriegsverbrecher« zu langjährigen Lagerstrafen. Die letzten 6.500 von diesen Gefangenen kehrten erst nach der bekannten Moskaureise des Bundeskanzlers Konrad Adenauer 1955 zurück. Das ungewisse Schicksal der Kriegsgefangenen, die oft erst nach langer Zeit Lebenszeichen an ihre Angehörigen geben durften, belastete die Haltung in der deutschen Bevölkerung gegenüber »den Russen«.

Noch düsterere Erfahrungen verbanden sich jedoch mit dem Vorgehen der sowjetischen Sicherheitsorgane in der SBZ, vor allem mit den berüchtigten »Speziallagern« für belastete Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher, und, zunehmend, politische Gegner. Bis heute ist umstritten, wer in diese Lager interniert wurde, inwieweit dort tatsächlich dieser Personenkreis oder aber unbescholtene Opfer sowjetischer Willkür hinter Stacheldraht saßen. Dem maßgeblichen sowjetischen Grundsatzeserlaß für diese Lager vom 18. April 1945 zufolge diente die Internierung in diesen Lagern zunächst als eine Art Sicherungsverwahrung für gefährliche Zivilisten: Eingeliefert werden sollten vor allem vermeintliche »Diversionskräfte«, von denen man befürchtete, sie würden im Hinterland der Roten Armee als »Werwölfe« Terror- und Vergeltungsakte verüben, sowie die Masse der unteren nationalsozialistischen Funktionsträger: Ortsgruppenleiter, Zellenobleute der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen und so weiter. Ähnliche Lager gab es auch in den Westzonen, allerdings schon in der Zielrichtung mit einem markanten Unterschied.

Während etwa in den amerikanischen Lagern SS-Leute, also in der Regel hochbelastete NS-Täter, den Kern des Häftlingsbestandes darstellten, spielten diese in den sowjetischen Lagern nur eine geringe Rolle, da sie als Kriegsgefangene behandelt wurden und in der Regel nicht in Speziallager kamen. Schon deshalb waren also die NS-Belastungen unter den Insassen der Internierungslager insgesamt erheblich geringer. Es waren zum großen Teil einfache »aktive« NSDAP-Mitglieder und untere Funktionäre, meist älteren Jahrgangs. Im Lager Nr. 5 in Buchenwald waren zum Beispiel rund drei Viertel der Internierten über vierzig Jahre alt und 40 bis 50 Prozent Mitglieder oder Funktionäre der NSDAP. Die Erinnerung ehemaliger Häftlinge, daß dort kaum »wirkliche« Nationalsozialisten gewesen seien, rührt aus diesem Unterschied. Hinzu kamen als »Werwölfe« oder wegen Waffenbesitzes ergriffene Jugendliche und nicht zuletzt die Opfer willkürlicher Denunziationen und Festnahmen. Von 1945 bis 1950 internierten die sowjetischen Sicherheitsorgane rund 154.000 Deutsche und 35.000 Ausländer in den Speziallagern. Allein bis Oktober 1945 verhafteten sie etwa 82.000 Deutsche. Jeder Dritte von ihnen starb in der Internierung, während die Todesrate in den westalliierten Lagern nicht über der des Bevölkerungsdurchschnitts lag.

Trotz der unterschiedlichen Häftlingsstruktur konnte sich die Sowjetunion in ihrer Internierungspraxis ursprünglich auf eine gewisse interalliierte antinazistische Legitimität stützen, sofern es sich dabei um eine Ad-hoc-Maßnahme handelte, um sich vor befürchteten unkontrollierten Attacken der als allgegenwärtig vermuteten Systemträger des Dritten Reiches zu schützen. Die Wege der alliierten Internierungspolitik trennten sich jedoch 1946/47 endgültig. Ernährung und Unterbringung entsprachen im Westen dem im übrigen denkbar niedrigen Niveau des Bevölkerungsdurchschnitts im zerstörten Deutschland, bewegten sich also in relativ geordneten und menschenwürdigen Bahnen. Aufgrund der Pflicht der Besatzer zur Versorgung der Internierten waren sie zum Teil sogar höher. Außerdem entließen die Westalliierten in dieser Phase die meisten Internierten wegen Gering-

fügigkeit ihrer NS-Belastungen beziehungsweise führten gegen schwerer Belastete Gerichtsverfahren durch.

Die sowjetische Führung dagegen ließ die Internierten in ihren Lagern weiter unterernährt und unter erbärmlichsten Bedingungen dahinkegieren. Zu Beginn des strengen Winters 1946/47 senkte sie die Rationen für die meisten Lebensmittel auf die unterste Stufe der Verpflegungssätze in den sowjetischen Straflagern des GULAG ab und löste damit ein Massensterben durch Hunger und Krankheit aus. Angesichts der absehbaren Konsequenzen plädierten selbst die Lagerkommandanten und SMAD-Offiziere vor Ort im Herbst 1946 dafür, rund 35.000 der 80.000 Internierten wegen geringfügiger NS-Belastungen und geringer Sicherheitsrisiken freizulassen. Doch Stalin ignorierte diesen Vorschlag und forderte statt dessen 27.500 arbeitsfähige Häftlinge zur Zwangsarbeit in der UdSSR an, um entkräftete Kriegsgefangene zu ersetzen. Es spricht Bände über die desaströsen Verhältnisse in den Lagern, daß die Ärzte vor Ort nicht einmal 5.000 arbeitsfähige Internierte aufbieten konnten.

Die Moskauer Führung hielt an ihrer immobilen Position fest: Weder ließ sie die Internierten für ihre angeblichen oder tatsächlichen Vergehen aburteilen, bemühte sich in der Regel nicht einmal um Ermittlungen in der Sache, noch ließ sie sie bei offenkundiger »Minderbelastung« frei. Faktisch war die Internierungshaft eine unbefristete Strafe ohne Urteil, während der viele an Hunger und Seuchen zugrunde gingen. Diese unerbittliche Weigerung, dem Sterben in den Speziallagern ein Ende zu bereiten, erscheint selbst aus Moskauer Blickwinkel in gewisser Hinsicht unverständlich, weil die sowjetische Besatzungsmacht im August 1947 auf dem zivilen Sektor als bewußtes Signal mit ihrem Befehl 201 den Abschluß der Entnazifizierung in ihrer Besatzungszone einleitete und begann, »Minderbelastete« wieder ins gesellschaftliche Leben zu integrieren. Obwohl erhebliche Teile der Internierten zweifellos als solche »Minderbelastete« gegolten hätten, blieben sie davon ausgeschlossen.

Jenseits von Kategorien individueller Schuld stand dahinter offenbar der Wille zur Rache, gepaart mit der Eigendynamik



der exzessiven »Wachsamkeit« als Technik der Machtsicherung, die das Elixier der stalinschen Massenverfolgungen der dreißiger Jahre gewesen war. Darüber hinaus fungierten die Internierten als Arbeitskraftreserve für die Zwangsarbeit in der UdSSR, obwohl in den Speziallagern selbst keine Arbeit geleistet wurde und die Gefangenen zu quälender Untätigkeit verurteilt waren. Was im Gewande einer militärischen Besatzungsmaßnahme als Reaktion auf die barbarische deutsche Kriegführung begonnen hatte, näherte sich immer mehr den innersowjetischen Verhältnissen des GULAG-Systems an.

Erst nach mehrmaligem Drängen der SMAD begann 1948 auf Anweisung der sowjetischen Führung eine Kommission, die Fälle der Internierten zu prüfen. Es sollte noch bis weit in den Sommer 1948 dauern, bis tatsächlich eine größere Zahl aus den Speziallagern entlassen wurde. Erst 1950 löste die sowjetische Besatzungsmacht sie schließlich auf. 3.432 Internierte übergaben die sowjetischen Dienststellen an die Justizorgane der gerade gegründeten DDR. Noch im selben Jahr wurden sie in den berüchtigten Waldheimer Prozessen in Schnellverfahren überwiegend zu langjährigen Haftstrafen und in 32 Fällen zum Tode verurteilt. SED und Besatzungsmacht versuchten noch, die Auflösung der Lager propagandistisch auszuschlachten und führten in jenen Wochen, in denen sie auch das Ministerium für Staatssicherheit aus der Taufe hoben, entlassene Häftlinge und kirchliche Würdenträger vor, die den westlichen Berichten und den in der Bevölkerung kursierenden Informationen über die katastrophalen Haftbedingungen widersprachen.

Das Agieren der sowjetischen Sicherheitsorgane in der SBZ war nicht nur durch das Fehlen selbst minimaler Rechtsgarantien und brutale Ignoranz gegenüber dem Massensterben geprägt. Nach und nach erweiterte beziehungsweise verschob sich auch das Spektrum derjenigen, die politischer Verfolgung ausgesetzt waren. Neben wirklichen oder vermeintlichen Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Werwölfen trafen die Verhaftungen immer häufiger Vertreter anderer politischer Strömungen und gesellschaftlicher Kräfte: Sozialdemokraten, die gegen die Fusion

